

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921**

236 (10.10.1921)

# Beilage zur Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

## Staatspräsident Trunk über Staatsverwaltung und Landtagsarbeit.

\* In seiner bedeutsamen Rede in der Schluss-  
sitzung des Landtages (vgl. Nr. 235 der „Karlsruher  
Zeitung“) führte der Staatspräsident weiter aus:

Um das zum größten Teil auf den freiwilligen Feuerwehren  
beruhende Feuerlöschwesen zu fördern, wurden Ehren-  
zeichen für die Mitglieder freiwilliger Feuerwehren wieder ein-  
geführt.

Im Juni 1921 wurden die Beamten und Angestellten, die  
schon früher für die Vertretung der Interessen des badischen  
Gewerbes in Berlin tätig waren, zu der wirtschaftlichen  
Vertretung der badischen Regierung in Berlin  
zusammengeschlossen. Diese Vertretung, die ihre Ge-  
schäftsräume in dem Geschäftsbauwerk erhalten hat, hat  
die besonders wichtige Aufgabe, die berechtigten Inter-  
essen des badischen Erwerbslebens allgemein wie auch die einzelner Er-  
werbszweige und Betriebe auf allen volkswirtschaftlichen Ge-  
bieten, insbesondere auch in Fragen der Beteiligung am Wie-  
deraufbau der zerstörten Gebiete und der Handelsflotte sowie  
der Ein- und Ausfuhr in Berlin zur Geltung zu bringen.

Mit Eintritt des Friedenszustandes wurden die Ausbil-  
dungskurse für Meister und Gesellen des  
Handwerks beim Landesgewerbeamt im vollen Umfang  
wieder aufgenommen.

Zu nicht unerheblichem Maße wurden die Behörden der in-  
neren Verwaltung in Anspruch genommen bei der Durchfüh-  
rung der Maßnahmen zur Erfüllung der wirtschaftlichen  
Leistungen auf Grund des Friedens-  
vertrages.

Das immer fortschreitende Sinken des Geldwertes machte  
die Änderung verschiedener Gebührensätze erforderlich.

Schwierige Aufgaben stellte der unglückliche Ausgang des  
Krieges, die Blockade und die Lasten des Versailler Vertrags  
der Regierung auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge.

In erster Linie galt es, den völlig in Unordnung geratenen  
Arbeitsmarkt zu regeln. Arbeitslosigkeit zu  
schaffen und die vorhandene gerecht zu verteilen. Für die  
öffentlich-gemeinnützigen Arbeitsnachweise wurde im Lan-  
desbesarbeitsamt eine ausgleichende Zentrale geschaffen. Während  
im Jahre 1918 von 25 Arbeitsämtern rund 90 000 Arbeits-  
stellen vermittelt wurden, brachten im Jahre 1920 29 Ar-  
beitsämter rund 190 000 Arbeitsuchende in Stellung. Zur  
Zeit sind neben 80 Arbeitsämtern 23 Bezirksarbeitsnachweise  
über das ganze Land tätig. Mit Hilfe der Reichsverordnung  
über die Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Ange-  
stellten gelang es, die Kriegsteilnehmer größtenteils wieder in  
ihre alten Stellen unterzubringen und Entlassungen durch vor-  
übergehende Streckung der Arbeit zu vermeiden. Die Hand-  
habung der Verordnung über die Freimachung von Arbeits-  
stellen führte nicht nur viele ehemalige Landarbeiter der so  
dringend nötigen landwirtschaftlichen Beschäftigung wieder zu,  
sondern half auch vielen arbeitslosen gewerblichen Arbeitern  
zur Wiederbenutzung in der Industrie. Die strenge Durch-  
führung des achtstündigen Arbeitstages, eines der wesentlichen  
sozialen politischen Fortschritte der letzten Jahre, hatte auch  
als Mittel zur Verhütung von Arbeitslosigkeit günstige Folgen.  
Überführte und unüberlegte Betriebsstillegungen wurden ver-  
hindert. Die große Zahl der Ende 1918 demobilisierten Kriegs-  
teilnehmer ließ ein Arbeitslosenheer entstehen, dessen  
Stärke in Baden im Januar 1919 27 568 betrug. In großem  
Umfang wurden aus Mitteln des Reichs, des Landes und der  
Gemeinden Notstandsarbeiten organisiert, welche auch  
heute noch beinahe unverändert fortgeführt werden. Das Land  
wird dafür bis zum Schlusse des laufenden Rechnungsjahrs  
etwa 20 Millionen Mark aufgewendet haben, womit durch-  
schnittlich 4000 Erwerbslose beschäftigt werden konnten. Da-  
neben sind zur Unterstützung der bedürftigen Er-  
werbslosen, denen Arbeit nicht zugewiesen werden kann,  
große Mittel aufgewendet worden, deren Höhe sich für den  
Anteil des Landes bis zum Ende des Rechnungsjahrs auf  
rund 30 Millionen Mark belaufen wird. Die ergriffenen Maß-  
nahmen im Verein mit der Entwicklung unserer Wirtschaft  
liehen dann auch die Zahl der Erwerbslosen mit einigen  
Schwankungen stetig zurückgehen; wir sind heute mit rund  
1675 unterstützten Erwerbslosen auf dem niedrigsten Stand  
seit dem Ende des Kriegs angelangt.

Zu diesem verhältnismäßig günstigen Ergebnis haben vor  
allem die auf die Erhaltung des Wirtschaftsfriedens  
gerichteten Maßnahmen viel beigetragen. Den Hauptanteil  
haben die aus dem Hilfsdienstgesetz herrührenden Schlicht-  
ungsausschüsse gehabt, denen durch das Betriebsrätegesetz auch  
die Streitigkeiten über Einstellung und Entlassung von Ar-  
beitern zugewiesen wurden. Das Betriebsrätegesetz selbst hat für  
das friedliche Verhältnis zwischen Arbeitnehmern und Arbeits-  
gebern überwiegend günstig gewirkt. In schwierigen Arbeits-  
streitigkeiten wurde häufig das Eingreifen des Arbeitsministe-  
riums oder des Gewerbeaufsichtsamts verlangt oder angeboten.  
So ist das Land von Arbeitsstärkungen zwar nicht frei aber un-  
geachtet der außerordentlich schwierigen Zeitumstände wenig-  
stens vor schweren Erschütterungen seines Arbeitslebens be-  
wahrt geblieben.

In ihrer Mitarbeit an der reichsgesetzlichen Versiche-  
rung der Arbeiter und Angestellten bemühte sich  
die Regierung die Versicherungsgrenze dem gesunkenen Geld-  
werte entsprechend zu erhöhen und ihm die Renten anzupassen,  
aber zugleich die Beiträge so zu erhöhen, daß eine dauernde  
Leistungsfähigkeit der Kassenrichtungen gewährleistet wird.  
Das Kriegswohlfahrtspflege konnte neuerdings  
stark abgebaut werden, nachdem sie noch in den Jahren 1919  
und 1920 erhebliche Aufwendungen verursacht hatte. Beson-  
dere Aufgaben erwachsen dem Lande durch die Versorgung  
der zahlreichen deutschen Wehrleute aus der Schweiz.

Eine Pflicht zur Unterstützung liegt gegenüber den Kriegs-  
beschädigten- und Kriegshinterbliebenen für welche in der  
Hauptache zwar das Reich eingetreten ist. Die soziale  
Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterblie-  
benenfürsorge aber obliegt, wenn auch unter vorwie-  
gender gebührender Beteiligung des Reichs, den Behörden des  
Landes, welche sich in die Hauptfürsorgestelle und die bei den

Bezirksämtern und einzelnen Städten bestehenden Fürsorge-  
stellen gliedern. Unter reger Mitwirkung der Kriegsober-  
selbst wird Ruftüchtigen geleistet für die Ausbildung der  
Weifen, die Umschulung Kriegsbeschädigter und Genesung Er-  
krankter; für lungentranke Kriegsbeschädigte ist das Hochbacher  
Krankenhaus mit 60 Betten bestimmt; ein weiteres Erholungs-  
heim ist in Aussicht genommen.

Infolge der Geldentwertung ist eine neue Klasse Bedürftiger,  
der sogenannten Kleinrentner entstanden. Wenn auch  
die Fürsorge für sie, wie schon bisher die Sorge für Ver-  
armte, zunächst eine Aufgabe der Gemeinden ist, so kann sie  
ihnen bei ihrer finanziellen Lage und dem Umfang der Not  
der Kleinrentner nicht ausschließlich angeschlossen werden; es  
ist daher erstmalig in dem Voranschlag für 1921 ein Betrag  
von vorerst 500 000 M. vorgesehen, der bald wird erhöht werden  
müssen. Daraus sollen durch Vermittlung der Gemeinden den  
bedrängten Kleinrentnern Zuschüsse zu ihrem Einkommen be-  
willigt werden.

Der durch den Krieg und die Blockade stark gefährdete Ge-  
sundheitszustand der Jugend zwang zu energischen  
Maßnahmen. Der für 1919 bewilligte Kredit von 100 000  
Mark zur Aushebung von Kindern nach der Schweiz stieg  
im Jahre 1920 auf 1 Million und im Jahre 1921 auf 1 500 000  
Mark. Diese Mittel fließen größtenteils den Kinder aus-  
sendenden Gemeinden und karitativen Landesverbänden als Zu-  
schüsse zu, zum kleineren Teil dem großen Erholungsheim auf  
dem früheren Truppenübungsplatz Heuberg, wo im Jahre  
1920 schon 5000 badische Kinder Aufnahme fanden. Insgesamt  
sind im Jahre 1920 14 000 Kinder in Erholungsfürsorge  
gegeben worden, eine Fürsorge in demselben Umfang wird  
auch in den kommenden Jahren geboten sein. Erhebliche staat-  
liche Mittel wurden für Kinder- und Säuglingsfürsorge, be-  
sonders zur Unterstützung schwer um ihr Bestehen ringender  
Anstalten, aufgewendet.

Zur Vertiefung der Fürsorge für die nahezu 1100 Blinden  
wurde ein Landesblindenpfleger angestellt.

Der Opfer der Trunksucht nehmen sich der badische  
Landesverband gegen den Alkoholismus mit seinen zahl-  
reichen Ernterfürsorgeanstalten und seinem Erholungsheim für  
Trinker an; diese Fürsorge durch Verwendung von Geldmitteln  
namentlich aus den aus dem Branntweinmonopol dem Land  
zugewiesenen Beträgen nach Kräften zu fördern, hat die Re-  
gierung als notwendig anerkannt.

Zu der Durchführung der sozialen Aufgaben in Staat,  
Kreis und Gemeinden ist die Heranziehung von pflegerisch-  
und sozial ausgebildeten weiblichen Personen von größter  
Bedeutung. Diefem Zweck dienen die Verordnungen über die  
staatliche Prüfung von Säuglings- und Kleinkinderpflegerinnen.

Die Regierung betrachtete es als eine ihrer vornehmsten  
Aufgaben, der seit dem letzten Kriegsjahr in steigendem Maße  
sich geltend machenden Wohnungsnot zu steuern, einmal durch  
scharfe Erfassung und Ausnützung des be-  
stehenden Wohnraumes, sodann aber hauptsächlich durch  
Förderung des Baues neuer Wohnungen. Nachdem  
verschiedene badische Verordnungen die Möglichkeit der Be-  
schlagnahme von Teilen benutzter Wohnungen die Nationalie-  
rung des Wohnraumes und eine Regelung der Mietzinsbe-  
rechnung gebracht hatten, erfolgte eine zusammenfassende Re-  
gelung der Maßnahmen gegen Wohnungsmangel auf Grund  
des inzwischen ergangenen Reichsgesetzes vom 11. Mai 1920  
durch die Verordnung des Arbeitsministeriums vom 2. August  
1920.

Der Förderung der Neubautätigkeit stellen sich un-  
geheure Schwierigkeiten entgegen. Das fast gänzliche Fehlen  
von Kohlen und sonstigen Brennstoffen verursachte einen  
drückenden Mangel an Baustoffen. Der damit verbundenen  
Gefahr untraglicher Preissteigerung mußte durch den wei-  
teren Ausbau der schon während des Krieges eingeführten  
Baustoffwirtschaft beggnet werden.

Erst nachdem sich die Kohlenbelieferung einigermaßen ge-  
bessert hatte, unter staatlicher Beteiligung die Badische Bau-  
stoffbeschaffung G. m. b. H. in Karlsruhe ins Leben gerufen  
und die Herstellung und Lieferung von Ziegelei-Erzeugnissen  
in genügendem Maße sicher gestellt war, konnte die Zwangs-  
bewirtschaftung in Baustoffen abgebaut werden. Das Haupt-  
hindernis für eine umfassende Neubautätigkeit lag indessen  
und liegt noch heute in der in schwächerem Maße schon wäh-  
rend des Krieges, sodann aber nach Kriegsende in ungeahnter  
Schärfe eingetretenen Werteverminderung der Herstellungskosten.  
So mußte auf Grund der noch vom früheren Bundesrat er-  
lassenen Bestimmungen die bekannte Baustoffzuschußpolitik  
eingeführt, die durch Aufwendung öffentlicher Mittel des Reichs,  
des Landes und der Gemeinden die Bautätigkeit mehr und  
mehr — wenn auch leider nicht in dem zu einer tatsächlichen  
Beseitigung des Wohnungsmangels erforderlichen Umfange —  
in Gang brachte. Die Regierung hat es sich mit Erfolg be-  
sonders angelegen sein lassen, sich beim Reich für die Zumei-  
stung reichlicher Mittel, für das infolge seiner Lage als Grenz-  
land durch den Zustrom von Flüchtlingen usw. schwer belastete  
Land Baden fortgesetzt mit allem Nachdruck einzusetzen. An  
Baustoffzuschuß und Baudarlehensmitteln hat das Land  
Baden insgesamt aufgebracht:

im Jahre 1919	25 288 500 M. und
im Jahre 1920	9 028 920 M.

Für das laufende und kommende Jahr wird nach dem nun-  
mehr von Ihnen beschlossenen Gesetz ein Betrag von 210  
Millionen Mark aufgebracht werden; die Verzinsung und  
Zilgung dieses Betrages soll durch die ebenfalls beschlossene  
Wohnabgabe erfolgen. Besondere Mittel wurden außerdem  
zur Erstellung von Beamtenwohnungen für Flüchtlinge  
bereit gestellt. Nach der amtlichen Statistik sind im Jahre  
1919 = 1712, im Jahre 1920 = 1636 und im Jahre 1921 bis  
Ende August 2219 Wohnungen neu entstanden. Die jetzt be-  
willigten Mittel werden die Erstellung von Neubauten in  
lediglich größerem Umfange als bisher ermöglichen, aber zu  
einer völligen Beseitigung der Wohnungsnot nicht ausreichen.  
Neben der Förderung des Wohnungsbaues durch unmittel-  
bare Zuschüsse ließen Maßnahmen her, die eine Erleichterung  
der technischen Ausführung und damit eine Verbilligung des  
Bauens bezwecken. Erstaufstoffe und Bauteile wurden

geprüft und bekannt gegeben; durch Sammlung der besten  
Lösungen von Kleinwohnungsbauten und Veröffentlichung  
wurde zur Verbesserung und Verbilligung des Wohnungs-  
baues beigetragen.

Zur Anregung der privaten Bautätigkeit wurde angeordnet,  
daß Neubauten, die nach dem 1. Januar 1920 hauptsächlich  
genehmigt werden, den Wohnungsmangelvorschriften und der  
Verordnung über die Mietzinsfestsetzung nicht unterliegen  
sollen. Ferner haben wesentliche Steuererleichterungen und  
die Übernahme der Staatsbürgerschaft für zweite Ehepartner  
in dieser Hinsicht fördernd gewirkt. Dem Baugenossenschafts-  
wesen widmet die Regierung fortgesetzt größte Aufmerksamkeit.

Die zum Teil hochgespannten Erwartungen auf eine grö-  
ßere Siedlungstätigkeit im Lande konnten und können nicht  
erfüllt werden, da zu umfangreichen Neufriedelungen verhält-  
nismäßig wenig Neuland zur Verfügung steht. Durch gesell-  
schaftliche Maßnahmen, die Errichtung eines Landesiedel-  
ungsausschusses, sowie durch Geländeaufteilungen und Wald-  
ausrodungen wurden Siedlungen nach Möglichkeit gefördert  
und auf diese Weise auch der Land hunger in einzelnen Ge-  
meinden zu betriebligen versucht.

Bedeutungsvoller aber bleibt die Verbesserung jener Lan-  
dschaften, welche unter völliger Versumpfung oder mangelhaftem  
Wasserabzug leiden. Durch das Gesetz vom 31. Juli 1919, be-  
treffend die Durchführung von Kulturverbesserungen sollte ein  
Druck auf die Eigentümer von verbesserungsbedürftigen Ge-  
lände zur Bildung von Wassergenossenschaften ausgeübt wer-  
den. Außerdem wurden namhafte Staatsbeiträge, als schon  
seit Jahren üblich, für Unternehmungen zur Kulturverbesserung  
gewährt; an solchen sind seit Kriegsende rund 2 Millionen  
Mark gegeben oder zugeagt. Außerdem sind die Mittel der  
produktiven Erwerbslosenfürsorge dafür nutzbar gemacht wor-  
den. Auf diese Weise sind bis jetzt Kulturarbeiten geleistet oder  
begonnen, welche sich auf rund 6 200 Hektar erstrecken. Da-  
neben haben sich 37 Feldvereinigungen auf eine Fläche von  
3800 Hektar ausgedehnt.

Nachdem durch den Artikel 97 der Reichsverfassung bestimmt  
war, daß die Wasserstraßen der Länder in das Eigentum und  
die Verwaltung des Reiches übergehen, ergab sich für die Re-  
gierung die Aufgabe, wenigstens die wertvollsten Wasserkräfte an  
den schiffbaren Gewässern für das Land zu erhalten. Dies ge-  
lang nach dem vom Landtag schon genehmigten Staatsver-  
trag hinsichtlich der wertvollsten und bedeutendsten Wasser-  
kräfte am Oberrhein. An der zur Redarfsanfertigung gebildeten  
Redarfsengesellschaft glaubte sich das Land beteiligen zu  
sollen. Die Arbeiten sind zwischen Heidelberg und Mannheim  
seit 1920 im Gang. Verhandlungen über die Kanalisierung  
des Maines sind noch nicht zum völligen Abschluß gelangt.

In seinen Wasserkräften ist unserem Lande ein Aus-  
gleich für die ihm fehlenden Kohlen verliehen. Ihre Nutzbar-  
machung ist in den letzten Jahren immer mehr in den Vor-  
dergrund getreten. Zahlreiche kleine und mittlere Anlagen  
sind geplant und im Bau. An dem Ausbau der Großwasser-  
kräfte sollte sich nach fast einmütiger Auffassung der früheren  
Volksvertretung der Staat selbst ausgiebig beteiligen. Aus  
diesem Grund ist das Großkraftwerk an der oberen Mürg vom  
Staat selbst erstellt worden; es konnte 1918/19 in Betrieb ge-  
nommen werden und beherrscht seitdem die öffentliche Elektri-  
zitätsversorgung Mittel- und Unterbadens. Das Unternehmen  
hat alle darauffolgenden Erwartungen erfüllt. Um den Aus-  
bau der Oberbahrwerke zu fördern, wurde der schon vor dem  
Krieg ausgeschriebene internationale Wettbewerb im Jahre 1920  
zum Abschluß gebracht mit dem Erfolg, daß der Ausbau des  
Rheins zwischen Basel und Bodensee zur Kraftgewinnung und  
als Schiffsfahrtsstraße technisch gelöst worden ist. Seitdem sind  
die Verhandlungen wegen der Ausführung mehrerer großer  
Rheinkraftwerke zwischen Baden und der Schweiz aufgenom-  
men. Die Versorgung des Landes mit elektrischer Ener-  
gie wurde sofort nach dem Krieg mit Nachdruck aufgenommen,  
das begonnene mittelbadische Netz fertiggestellt und die noch  
unterforderten großen Gebiete des Seerheises und des Kreises  
Mosbach begonnen. Sie sind heute schon größtenteils mit den  
Leitungen versehen, so daß nur noch verhältnismäßig wenige  
Gemeinden des Landes der Vorteile der Elektrizität als Licht-  
und Kraftquelle entbehren. Noch aber harren große Aufgaben  
der Landeselektrizitätsversorgung; es gilt, unabhängiger von  
der Kohle zu werden und den Ausgleich unter den Energie-  
quellen herbeizuführen sowie neue Kraftwerke zu errichten,  
um der herrschenden Kraftnot zu steuern und dem Wirtschaft-  
leben des Landes neue Impulse zu geben. Um die hierzu er-  
forderlichen bedeutenden Geldmittel günstig zu beschaffen, er-  
schien es notwendig, die bisher als ein Teil der staatlichen Ver-  
waltung bestehende Landeselektrizitätsversorgung auf eine pri-  
vatwirtschaftliche Grundlage zu stellen. Sie wurde im Juli  
d. J. in eine Aktiengesellschaft (Badenerwerk) umgewandelt, de-  
ren Aktien in ausschließlicher Besitz des Staates sind. Diesem  
Unternehmen sind schon jetzt 400 Millionen Mark an Obligati-  
onen zur Verfügung gestellt, ein Beweis für das Vertrauen,  
welches ihm mit Recht entgegengebracht wird.

Die ungünstige Lage des Staatshaushalts zwang zu starken  
Einsparungen der Aufwendungen für die Landstraßen.  
Insmerhin sind für Neubau und Verbesserungen von Kreis-  
straßen und Gemeindegewegen seit Kriegsende rund 1 700 000  
Mark bewilligt worden.

In derselben Zeit erhielten 6 Gemeinden zur Erstellung  
von Wasserwerkungsanlagen 565 000 Mark an  
Unterstützung.

Die großen Aufwendungen für die in den Jahren 1918/20  
den Beamten gewährten, mehrmals erhöhten Teuerungszulagen  
machten eine entsprechende Erhöhung der Steuereinnahmen  
erforderlich, die durch die Gesetze vom 7. März 1919, die  
Steuererhebung für das Jahr 1919 betr., und vom 29. Juli  
1919 Erhebung eines außerordentlichen Steuerzuschlags für  
1919 betr., beschlossen worden sind.

Durch das Reichsgesetz über die Reichsfinanzverwaltung vom  
10. September 1919 ist mit Wirkung vom 1. Oktober 1919 die  
Steuerhoheit auf den meisten Gebieten auf das Reich über-  
gegangen. Die badische Zoll- und Steuerdirektion hörte mit  
diesem Tage auf zu bestehen, die Bezirks- und Ortsstellen wur-  
den dem aus der Zoll- und Steuerdirektion hervorgegangenen



Im der Tod ereilte. Die näheren Umstände aber, die seinen Tod herbeiführten, haben erreicht, was der Verstorbene bei Lebzeiten wohl kaum in diesem Ausmaße und mit solcher Schnelligkeit erreicht hätte. Sie haben die Sympathien des weitest gestreuten Teiles der Zentrumsanhänger und auch der Fraktion für die umstrittene Persönlichkeit des Ermordeten wieder aufleben lassen und haben sie über seinen irdischen Überresten zu einer Stimmungsmotivphase geföhrt, wie sie ähnlich geladen und ins Weite wirkend der gefeierte Volksheld auf der Sonnenhöhe der Günst und des Lebens wohl nie zu kosten bekommen hat.

### Staatsanzeiger.

Die Lotterie des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen zugunsten der Deutschen Kampfspiele 1922 betr.

Dem Deutschen Reichsausschuss für Leibesübungen wurde die Erlaubnis zum Vertrieb von 10 000 Losen der von ihm veranstalteten Geldlotterie zugunsten der Deutschen Kampfspiele 1922, 1. Reihe, — Preis des Loses 3% M. ausschließlich Reichsstempelabgabe, Ziehung 10.—12. November 1921 — im Reichsgebiet erteilt.

Mit Zustimmung der Preussischen Regierung darf die Ziehung ausnahmsweise während des Losverkaufs der 1. Klasse einer preussisch-süddeutschen Klassenlotterie stattfinden.

Karlsruhe, den 4. Oktober 1921.

Ministerium des Innern.

Der Ministerialdirektor:  
J. A. Rein.

Schmidt.

Die Versicherung der Milchviehbestände betr.

Auf Grund der Art. 1, 2 und 32 des Viehverversicherungs-gesetzes (Ges. u. W. 1910 S. 581) wurden in der Zeit vom 1. Juli bis 30. September 1921 dem Viehverversicherungs-Verband angeschlossen:

die Ortsviehverversicherungsanstalten: Birkheim (Bezirksamt

Dreifach), Rheinhausen (Bezirksamt Bruchsal), Schutterwasch (Bezirksamt Offenburg), Ottersdorf (Bezirksamt Rastatt), Gausen (Bezirksamt Schopfheim), Hoppetenzell (Bezirksamt Stodach), die Ortsviehverversicherungsvereine: Lautenbach (Bezirksamt Oberkirch), Wehr (Bezirksamt Schopfheim), Staufen (Bezirksamt Staufen).

Karlsruhe, den 4. Oktober 1921.

Ministerium des Innern.

Der Ministerialdirektor:  
J. A. Rein.

Braun.

Die Prüfung der Nahrungsmittelchemiker betr.

Auf Grund der bestandenen Hauptprüfung wurde im Prüfungs-jahr 1920/21 dem Apotheker Emil Ganslöser aus Pforz-heim der Befähigungsnachweis für Nahrungsmittelchemiker erteilt.

Karlsruhe, den 4. Oktober 1921.

Reichliches Ministerium des Innern.

Der Ministerialdirektor:  
J. A. Rein.

Jeller.

Die Gerichtsschreiberprüfung im Spätjahr 1921 betr.

Auf Grund der im September 1921 abgelegten Gerichtsschreiberprüfung (Assistentenprüfung) sind die nachstehend genannten Kandidaten für bestanden erklärt worden: Albert Bell aus Eßlingen, Max Braun aus Philippsburg, Johann Hoffmann aus Hohenheim, Edwin Kraft aus Göttingen, Albert Kothaus aus Neudorf, Leonhard Kuchel aus Unterbörsenau, Johann Koll aus Kuffingen, August Scheyer aus Niedelschlingen, Oskar Wolf aus Kirchzarten, Johann Wolf aus Pfullendorf, Heinrich Westermann aus Bretten.

Karlsruhe, den 6. Oktober 1921.

Justizministerium.

Der Ministerialdirektor:  
Bernauer.

Stalter.

### Personeller Teil.

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der ständigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern.

Ernannt:

Verwaltungsaktuar Albert Glatt beim Bezirksamt Schopf-heim, zum Verwaltungsobersekretär.

Justizministerium.

Ernannt:

für die Kammer für Handelsachen beim Landgericht Heiden-berg bis Ende des Geschäftsjahres 1923:

zu Handelsrichtern: Kaufmann Ludwig Ammann, Bank- direktor Heinrich Bremerer, Fabrikant Heinrich Koll u. Wein- händler Karl Heberle, alle in Heidelberg.

zu Handelsrichtersvertretern: Fabrikdirektor Fritz Brans, Fabrikant Wilhelm Landfried jun., Kaufmann Friedrich Sip- perer und Kaufmann Max Eismann, alle in Heidelberg.

Verlegt:

Gerichtswalter Konrad Arnold beim Amtsgericht Heidel- berg zum Landgericht daselbst, Justizobersekretär Max Bogen- schütz beim Amtsgericht Erberg zum Amtsgericht Bogberg, Justizsekretär Heinrich Kischwitz bei der Staatsanwaltschaft Heidelberg zum Amtsgericht daselbst, die Justizassistenten Peter Gamber beim Notariat Graben zum Notariat Einsheim, Wilhelm Wüßler beim Landgericht Heidelberg zur Staatsan- waltschaft daselbst, Kanzleihilfen Edwin Föhler beim No- tariat Wühl zum Notariat Graben und Aufseher Joseph Wint- ler beim Kreis- und Amtsgefängnis Konstant zum Landes- gefängnis Mannheim.

Wiederübernommen:

Verwaltungsobersekretär Emil Kopf in Heidelberg als Ju- stizobersekretär beim Amtsgericht Mannheim.

Das Justizministerium hat dem Notar Dr. Gustav Huber an Stelle des ihm bisher übertragenen Notariats Karlsruhe I das Notariat Karlsruhe III zugewiesen.

## Zentral-Handels-Register für Baden.

Adelsheim, 3.252 Bei der Firma David Keller in Adelsheim ist im Handelsregister A Bd. I unter D.-Z. 8 folgendes eingetragen worden: Die Firma ist geändert in David Keller offene Handels- gesellschaft Gärrenfabri- ken mit dem Sitz in Adelsheim. Dem Kauf- mann Wilhelm Jodens in Adelsheim ist Procura erteilt. Adelsheim, 8. Okt. 1921. Amtsgericht.

Bonnorf, 3.215 Handelsregistereintrag A Band I D.-Z. 181: Firma Holzbearbeitungs- und Möbelfabrik Neßlingen, G. u. Beringer & Cie. in Neßlingen. Die offene Handelsge- sellschaft hat am 1. Sep- tember 1921 begonnen. Persönlich haftende Ge- sellschafter sind Beringer Hugo, Fabrikant, Raier Anton, Schreinermeister, beide in Neßlingen, und Morath Fritz, Kaufmann in Niedern. Geschäftszweig: Fabrik- ation von Gegenständen aus Holz, hauptsächlich von Möbeln jeder Art und die Herstellung von Bauholz- nennarbeiten. Bonnorf, 19. Sept. 1921. Bad. Amtsgericht.

Bruchsal, 3.207 Im Handelsregister A Band I D.-Z. 232 wurde zu Firma D. Reis in Bruchsal eingetragen: Der Geschäftsführer Arthur Her- zog, Kaufmann in Bruch- sal, ist mit Wirkung vom 15. September 1921 aus der Gesellschaft ausgeset- zt. Die Gesellschaft ist aufgelöst. David Reis führt das Geschäft unter der bisherigen Firma allein fort. Bruchsal, 29. Sept. 1921. Amtsgericht.

Donauwörth, 3.277 In das Handelsregister B wurde heute eingetragen zur Firma Pfälzische Bank Aktiengesellschaft in Ludwigshafen Agentur Donauwörth. Die Firma lautet jetzt: Filiale der Pfälzischen Bank. Donau- wörth in Donauwörth. Den bisherigen Pro- kuristen Adolf Bent und Hans Watt wurde Ge- samtprocura für die Filiale der Pfälzischen Bank Donauwörth erteilt. Donauwörth, den 20. September 1921. Amtsgericht 1.

Donauwörth, 3.278 In das Handelsregister B wurde heute eingetra- gen zur Firma Biegewer- ke Wolterdingen G. m. b. H. in Wolterdingen: Jeder der beiden Ge-

Antifaz-Fabrikate, Goethe- straße 59 II.) Band VII D.-Z. 245: Firma Bobo R. Gerard, Freiburg. Inhaber ist Bobo Reinhold Gerard, Kaufmann, Freiburg. (Ver- trieb von Lechmetallen, Sphäraluminium u. sonsti- ger Metalle, Glümleritz. 30.) Band VII D.-Z. 246: Firma König & Sing Freiburg. Persönlich haf- tende Gesellschafter sind Georg König, Kaufmann in Freiburg und Walter Sing, Kaufmann, Frei- burg. Die offene Handels- gesellschaft hat am 1. Sep- tember 1921 begonnen. (Vertrieb moderner Büro- einrichtungen und Gene- ralvertretung auf diesem Gebiete, Gehlsstraße 28.) Band VII D.-Z. 247: Firma Klein & Co., Frei- burg. Persönlich haf- tende Gesellschafterin ist Carl Klein, Kaufmann, Ge- frau, Marie geb. Böbel, Freiburg. Die Gesellschaft ist eine Kommanditge- sellschaft und hat am 1. Juli 1921 begonnen. Beteiligt ist ein Kommanditist, Carl Klein, Freiburg, ist als Prokurist bestellt. (Textilwaren, Werkholz- straße 18.) Band VI D.-Z. 295: Firma Reimann & Wies- ner, Freiburg. Inhaber ist geän- dert in Reinhold Wies- ner Automobile. Band VII D.-Z. 248 Firma Martin Gud, Frei- burg. Inhaber ist Mar- tin Gud Ehefrau, Marie geb. Fuchs, Freiburg. (So- lonialwarengeschäft, Kart- häuserstraße 70.) Band VII D.-Z. 249: Firma Mathäus Haas, Freiburg. Inhaber ist Mathäus Haas, Wein- kommissionär, Freiburg. (Suglatterstraße 44.) Band VII D.-Z. 250: Firma Otto Braun, Frei- burg. Inhaber ist Otto Braun, Weberdirektor a. D., Freiburg. (Vertretung in Textilwaren, Silbait. 60.) Band VII D.-Z. 104: Firma Wilhelm Bollmer, Freiburg. Die Firma ist geändert in „Deut- sches Holzrohr-Werk, Wil- helm Bollmer“. Band VII D.-Z. 251: Firma Gustav Breit Ww., Freiburg. Inhaber ist Gustav Breit Witwe, Er- nestine geb. Clemens, Freiburg. (Gemeinsches Wa- rengeschäft, Kaiserstr. 137.) Band VII D.-Z. 252: Firma Max Josef Föhr, Freiburg. Der Ort der Niederlassung ist von Köln nach Freiburg verlegt. In- haber ist August Föhr, Kaufmann, Freiburg. (Ein- und Ausfuhr-Groß-

handel, Kaiserstr. 152.) Band VII D.-Z. 64: Firma Busch & Co., Frei- burg. Der Sitz der Gesellschaft ist nach Frank- furt a. M. verlegt. Band VII D.-Z. 253: Firma Casino-Restaurant, Franz Schürer, Freiburg. Inhaber ist Franz Schürer, Gastwirt, Freiburg. (Welfortstraße 3.) Band VII D.-Z. 254: Firma Polygraph, Ber- einge Kunstankast und Klavier-Fabrik, Säuler & Co., Kommandit. Gesell- schaft, Freiburg. Persön- lich haftender Gesellschaf- ter ist Gustav Schuler, Ver- triebsleiter, Freiburg. Be- teiligt ist ein Kommandi- tist, Frau Rosa Schuler geb. Haül, Freiburg, ist als Prokuristin bestellt. Die Kommanditgesellschaft hat am 1. September 1921 begonnen. (Wasserstr. 4.) Freiburg, 27. Sept. 1921. Amtsgericht 1.

Freiburg, 3.189 In das Handelsregister B Band III D.-Z. 80 wurde eingetragen: G. A. Wagner, Buch- druckerei, Aktiengesellschaft mit Sitz in Freiburg i. Br. betr. Nach dem Be- schlusse der Generalver- sammlung vom 10. Sep- tember 1921 soll das Grundkapital der Gesell- schaft um 500 000 M. er- höht werden. Die Er- höhung hat stattgefunden, das Grundkapital beträgt jetzt 1 000 000 Mark. Die neuen auf den Inhaber lautenden Aktien sind zum Kurse von 110 Prozent ausgegeben. Freiburg, 15. Sept. 1921. Amtsgericht 1.

Freiburg, 3.190 In das Handelsregister Abteilung B wurde eingetra- gen: Stadt und Land Gesell- schaft zur Förderung bi- rektter wirtschaftlicher Be- ziehungen mit beschränk- ter Haftung, i. Br. Dr. Heir- rich Kengenheiser, Frei- burg, ist als Geschäftsfüh- rer ausgeschieden, als sol- cher ist Direktor August Burtart, Freiburg, neu- bestellt. Franz Josef Auf, Kaufmann, Freiburg, ist als Prokurist bestellt. Die Procura des Walter Lind- ner, Freiburg, ist erlo- schen. Freiburg, 15. Sept. 1921. Amtsgericht 1.

Freiburg, 3.191 In das Handelsregister Abteilung B Band III D.-Z. 84 wurde eingetra- gen: Süddeutsche Steinindu- strie, Gesellschaft mit be-

schänkter Haftung, mit Sitz in Freiburg, betr. An Stelle des verstor- benen Karl Anton Raier ist Friedrich Joh. Kauf- mann, Karlsruhe, als Ge- schäftsführer neubestell- t. Freiburg, 16. Sept. 1921. Amtsgericht 1.

Freiburg, 3.192 In das Handelsregister B Band III D.-Z. 18 wurde eingetragen: Oberheinische Bauindu- strie Aktiengesellschaft mit Sitz in Freiburg i. Br. betr. Dr. Ing. Kurt Demler, Freiburg, ist als weiteres Vorstandsmitglied bestellt, dessen Procura ist damit erloschen. Nach dem Beschlusse der Generalversammlung vom 2. Mai 1921 soll das Grundkapital der Gesell- schaft um 2 500 000 Mark erhöht werden. Die Er- höhung hat stattgefunden, das Grundkapital beträgt jetzt 8 Millionen Mark. Die neuen auf den Inha- ber lautenden Aktien sind zum Kurse von 120 Pro- zent ausgegeben. Freiburg, 22. Sept. 1921. Amtsgericht 1.

Gernsbach, 3.253 Handelsregistereintrag Abt. B Bd. I D.-Z. 8 — Firma Halbstoffwerk Oberstrot G. m. b. H. in Oberstrot — Die Gesell- schaft ist aufgelöst. Der bisherige Geschäftsführer Fabrikant Otto Reuß ist Liquidator. Gernsbach, 8. Okt. 1921. Bad. Amtsgericht.

Gernsbach, 3.254 Handelsregistereintrag Abt. B Band I D.-Z. 18 — Firma Filtermassefabrik Oberstrot, G. m. b. H. in Oberstrot. — Ge- genstand des Unterneh- mens: Fabrikation von Halbstoff, Filterstoff, Fil- terpapiere aller Art und von allen sonst in das Fach einschlagenden Arti- keln sowie der Kauf und Verkauf solcher Produkte. Das Stammkapital be- trägt 200 000 Mark. Ge- schäftsführer: Otto Reuß, Fabrikant in Scheuern, Franz Hugo Rosenfeld, Fabrikant in Rürnbarg, u. Paul Raehle, Fabrikant in Gamburg. Gesell- schaftsvertrag vom 14. September 1921. Jeder der Geschäftsführer ist zur Vertretung der Gesell- schaft berechtigt. Die Dauer der Gesellschaft ist zunächst auf die Zeit bis 31. Dezember 1922 fest- gesetzt und verlängert sich von da ab immer von selbst um ein weiteres Jahr, wenn nicht einer der Geschäftsführer das Ge-

sellchaftsverhältnis kün- digt. Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. Gernsbach, 4. Okt. 1921. Bad. Amtsgericht.

Heidelberg, 3.249 Handelsregistereinträge. Abt. A Band IV D.-Z. 215: Der Niederlassungs- act der Firma G. Ric- manna in Heidelberg ist nach Ochsersleben verlegt. D.-Z. 185 zur Firma Elektron Handelsgesell- schaft Heidelberg Franz & Gerbert in Heidelberg: Die Gesellschaft ist aufgelöst und die Firma erlo- schen. Abt. B Band II D.-Z. 79 Firma „Elektron Franz & Gerbert Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Heidelberg, Gegenstand des Unternehmens ist der Ver- trieb elektrotechnischer Be- darfsartikel, verbunden mit Inkalkulationsgeschäft, die Beteiligung an gleichen oder ähnlichen Unterneh- mungen und der Erwerb von solchen. Stammkapi- tal: 20 000 M. Geschäftsführer sind Johann Franz, Kaufmann und Ernst G., beide in Heidelberg. Ge- sellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesell- schaftsvertrag ist am 9. September 1921 festge- stellt. Jeder der beiden Geschäftsführer ist berech- tigt, die Gesellschaft allein zu vertreten. Bekanntma- chungen erfolgen durch das „Heidelberger Tageblatt“. Heidelberg, 24. Sept. 1921. Das Amtsgericht 5.

Karlsruhe, 3.193 In das Handelsregister B Band VI D.-Z. 50 ist eingetragen: Firma und Sitz: Gallinat & Co., Ge- sellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. Ge- genstand des Unterneh- mens: Die Herstellung u. der Vertrieb elektrotech- nischer Bedarfsgegenstände im Inland und im Aus- land. Die Gesellschaft darf sich an anderen Un- ternehmungen mit ähnli- chen Geschäftszwecken be- teiligen, sie erwerben und sie vertreten. Stammkapi- tal: 20 000 M. Geschäftsführer: 1. Paul Gallinat, Oberingenieur, Karlsruhe, 2. Heinrich Wüßler, Kaufmann, Eßental. Der Gesellschaftsvertrag ist am 26. September 1921 fest- gestellt. Die Gesellschaft wird durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer zusammen mit einem Prokuristen vertreten. Die öffentlichen Bekanntmachungen der

Stammelage des Wilhelm Braun voll geleistet ist. Die öffentlichen Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. Karlsruhe, 3. Okt. 1921. **Bad. Amtsgericht B. 2.**

**Karlsruhe.** 3.237 In das Handelsregister B Band VI D.-Z. 52 ist eingetragen: Firma und Sitz: **Badische Industrie-Neckame-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe.** Gegenstand des Unternehmens: Neckame jeder Art, namentlich für Zwecke der Industrie. Die Gesellschaft darf sich an anderen Unternehmungen beteiligen, sie erwerben u. sie vertreten. Stammkapital: 60 000 M. Geschäftsführer: 1. Widolt Oster, Diplom-Ingenieur in Karlsruhe, 2. Wilhelm Braun, Kaufmann in Bonn-Gersel. Prokura: Fräulein Anita Jintel in Karlsruhe ist als Prokuristin berufen, daß sie die Firma allein zeichnen darf. Der Gesellschaftsvertrag ist am 27. September 1921 festgestellt. Mehrere Geschäftsführer vertreten die Gesellschaft einzeln. Der Geschäftsführer Widolt Oster, Diplom-Ingenieur in Karlsruhe, leitet seine Stammeilage dadurch, daß er zwei in Forzheim stehende drehbare Neckame für Glasplatten mit je einem Elektromotor in die Gesellschaft einbringt. Diese Sachen werden von der Gesellschaft auf 20 000 M. bewertet; damit ist die Stammeilage des Widolt Oster geleistet. Die Geschäftsführer Fräulein Anita Jintel in Karlsruhe bringt auf Rechnung ihrer Stammeilage folgende Einrichtungsgegenstände in die Gesellschaft ein: 1 amerikanischer Schreibtisch, 1 Schreibtischstuhl, 1 Klubsofa, 2 Klubstühle, 1 Klavier, 1 einig. Bücherschrank, 2 Schreibmaschinen mit Fischen, 2 Stühle, 1 Aktenschrank. Auch diese Sachen werden von der Gesellschaft auf 20 000 M. bewertet, so daß mit ihnen die Stammeilage der Geschäftsführer Jintel ebenfalls geleistet ist. Die öffentlichen Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen in der Karlsruher Zeitung. Karlsruhe, 3. Okt. 1921. **Bad. Amtsgericht B. 2.**

**Karlsruhe.** 3.238 In das Handelsregister B Band VI D.-Z. 40 ist zur Firma **Badenia Konfervenfabrik** Gesellschaft mit beschränkter Haftung (früher Frig Brenner in Metz), Karlsruhe eingetragen: Durch Gesellschaftsbeschluss vom 30. September 1921 sind die §§ 8, 8 und 9 des Gesellschaftsvertrages geändert worden. Karlsruhe, 4. Okt. 1921. **Bad. Amtsgericht B. 2.**

**Karlsruhe.** 3.267 In das Handelsregister B Band VI D.-Z. 53 ist eingetragen: Firma und Sitz: **Karlsruher Treuhandgesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe.** Gegenstand des Unternehmens: Die Übernahme von Bücherrevisionen und aller Aufträge, welche die Anlegung oder Kontrolle der Buch- und Geschäftsführung betreffen, Übernahme von Vermögensverwaltungen und Treuhandgeschäften jeder Art. Stammkapital 20 000 M. Geschäftsführer: Friedrich Feh, Kaufmann, Karlsruhe. Der Gesellschaftsvertrag ist am 29. September 1921 festgestellt. Die öffentlichen Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. Karlsruhe, 5. Okt. 1921. **Bad. Amtsgericht B. 2.**

**Karlsruhe.** 3.268 In das Handelsregister B Band VI D.-Z. 54 ist zur Firma **Badische Industrie-Neckame-Gesellschaft** (Badenwerk), Karlsruhe eingetragen: Heinrich Gaferkamp, Kaufmann in Forzheim, ist als Prokurist bestellt mit der Berechtigung, zusammen mit einem Vorstandsmitglied die Gesellschaft zu vertreten. Karlsruhe, 5. Okt. 1921. **Bad. Amtsgericht B. 2.**

**Karlsruhe.** 3.269 In das Handelsregister A ist eingetragen: Zu Band I D.-Z. 217 zur Firma **Franz Kersch, Karlsruhe.** Die Firma ist erloschen. Zu Band IV D.-Z. 299 zur Firma **August Schmitt, Karlsruhe.** Die Prokura der Kaufmann August Schmitt Ehefrau, Margarete geb. Schaal in Karlsruhe ist erloschen. Zu Band VI D.-Z. 116 zur Firma **Bernhard Wegner, Karlsruhe.** Die Firma ist erloschen. D.-Z. 202 zur Firma **Blum & Opiß, Karlsruhe.** Die Gesellschaft ist aufgelöst, die Firma ist erloschen. Zu Bd. VII D.-Z. 43: Firma und Sitz: **Emil Schweizer, Karlsruhe.** Einzelkaufmann: Emil Schweizer, Kaufmann, Karlsruhe. (Möbelhandlung Amalienstr. 1.) D.-Z. 44: Firma und Sitz: **Robert Blum, Handelsvertretung für Tabakerzeugnisse, Karlsruhe.** Einzelkaufmann: Robert Blum, Kaufmann, Karlsruhe. D.-Z. 45: Firma und Sitz: **Gebrüder Bronner, Karlsruhe.** Persönlich haftende Gesellschafter: Frig Bronner, Elektrotechniker und Reinhard Bronner, Kaufmann, beide in Karlsruhe. Offene Handelsgesellschaft hat am 1. Oktober 1920 begonnen. (Herstellung, Reparaturen und Vertrieb sämtlicher elektrischer Maschinen u. Apparate usw., Waldstr. 56.) Karlsruhe, 7. Okt. 1921. **Bad. Amtsgericht B. 2.**

**Karlsruhe.** 3.270 In das Handelsregister B Band IV D.-Z. 50 ist zur Firma **Großmarkt-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe.** Durch Gesellschaftsbeschluss vom 5. September 1921 ist die Gesellschaft aufgelöst. Der bisherige Geschäftsführer Frig Thomajewsky, Kaufmann, Karlsruhe, ist alleiniger Liquidator. Die Prokura des Johannes Markus, Obsthändler, Karlsruhe, ist erloschen. Karlsruhe, 7. Okt. 1921. **Bad. Amtsgericht B. 2.**

**Karlsruhe.** 3.239 In unser Handelsregister Abteilung B wurde unter D.-Z. 63 eingetragen: **„Athenis“ Transport-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Zweigniederlassung Kehl, Hauptniederlassung Frankfurt a. M.** Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Reederei-, Speditionen- und Agentur-Geschäften. Die Gesellschaft kann sich an anderen Unternehmungen beteiligen. Das Stammkapital beträgt M. 1 000 000. Geschäftsführer sind: Gottlieb Jaeger, Generaldirektor, Mannheim, Ludwig Böhm, Kaufmann, Frankfurt a. M., Alexander Reinhard, Direktor in Mannheim, Dr. Robert Weber, Direktor in Mannheim, Ernst Studmann, Direktor in Mainz. Dem Kaufmann Ferd. Hans Kopp zu Frankfurt a. M. ist Gesamtprokura erteilt. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 13. November 1920 festgestellt. Sind mehrere Geschäftsführer vorhanden, so ist zur Vertretung das Zusammenwirken von zwei Geschäftsführern oder von einem Geschäftsführer und einem Prokuristen erforderlich. Die Gesellschaft kann auch

durch das Zusammenwirken von zwei Prokuristen vertreten werden. Kehl, 3. Okt. 1921. **Bad. Amtsgericht.**

**Kehl.** 3.240 In das Handelsregister Abt. B wurde zu D.-Z. 40 Firma **Allgemeine Transport- u. Schiffahrtsgesellschaft (Compagnie générale de Transports maritimes et terrestres) mit beschränkter Haftung in Kehl a. Rhein** eingetragen. Die Vertretungsbefugnis des Geschäftsführers Wendelin Metz in Kehl ist beendet. Dem Kaufmann Albert Koderthaler in Kehl ist Einzelprokura erteilt. Kehl, 3. Okt. 1921. **Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.**

**Konstanz.** 3.195 Handelsregistereintrag A 1 D.-Z. 37, Firma **Stromeyer & Co. in Konstanz.** Die an Karl Baumstark u. Arthur Reich erteilte Gesamtprokura ist erloschen. In die durch Geh. Kommerzienrat Ludwig Stromeyer und Ludwig Stromeyer jun. gebildete offene Handelsgesellschaft unter der Firma **Stromeyer & Co. in Konstanz** sind als weitere Gesellschafter eingetreten: Dr. jur. Emil Stromeyer und Manfred Stromeyer, Kaufleute in Konstanz. Alle 4 Gesellschafter sind zur Vertretung der Gesellschaft jeder für sich allein berechtigt. Dem Kaufmann Arthur Reichardt in Konstanz wurde Einzelprokura erteilt. Kollektivprokura wurde erteilt an Carl Ebbod, August Schuler und Emil Hoffmann, Kaufleute in Konstanz. Je 2 dieser Gesamtprokuristen sind berechtigt, die Firma rechtsverbindlich zu zeichnen. Handelsregistereintrag A 4 D.-Z. 170: Die Firma **Hans Kersten & Co. in Nürnberg** mit Zweigniederlassung in Konstanz. Offene Handelsgesellschaft. Beginn derselben 1. Februar 1921. Persönlich haftende Gesellschafter sind Kaufmann Hans Kersten in Nürnberg und Ingenieur Gottlieb Kolliker in Nürnberg. Gegenstand des Unternehmens Ingenieurbüro, Verkauf von elektrotechnischen Maschinen und Apparaten. Konstanz, 30. Sept. 1921. **Bad. Amtsgericht 1, Gerichtsschreiber.**

**Konstanz.** 3.216 Handelsregistereintrag A 4 D.-Z. 172: Die Firma **Gesellschaft für Kleinhausbau Wötter & Co. in Konstanz.** Offene Handelsgesellschaft. Persönlich haftende Gesellschafter sind: Architekt Otto Wötter in Wörlingen, die Zimmerpolierer Hieronymus Wörlinger und Friedrich Schellinger, beide in Sippingen und Frau Walburga Schwarz, Privat in Konstanz. Die Gesellschaft hat am 1. September 1921 begonnen. Zur Vertretung der Gesellschaft ist nur der Gesellschafter Otto Wötter befugt. Gegenstand des Unternehmens ist die Erstellung von Kleinhäusern und Ausfüllung aller im Hochbau vorkommenden Arbeiten. Konstanz, 1. Okt. 1921. **Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts.**

**Kehl.** 3.196 Zum Handelsregister Abt. A Band I D.-Z. 96 — Firma **G. M. Herbst** in Kehl — wurde heute eingetragen: Inhaber ist jetzt Friedrich Karl Maack, Kaufmann in Kehl. Die im Geschäft begründeten Forderungen u. Verbindlichkeiten sind von Maack nicht übernommen worden. Die Prokura des Albert Winter in Kehl ist erloschen. Kehl, 27. Sept. 1921. **Der Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts.**

**Lahr.** 3.280 Zum Handelsregister Abt. B Band I D.-Z. 46 wurde heute eingetragen: **Wilhelm Kersch, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Lahr.** Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung u. der Vertrieb von Kartonagenartikeln und Papierwaren jeder Art. Die Gesellschaft ist befugt, gleichartige oder ähnliche Unternehmungen zu erwerben, sich an solchen zu beteiligen oder ihre Vertretung zu übernehmen. Das Stammkapital beträgt 45 000 Mark. Geschäftsführer sind: Wilhelm Kersch, Fabrikant in Lahr, Hugo Kersch, Kaufmann in Lahr, Albert Aldermann, Kaufmann in Schramberg. Der Gesellschaftsvertrag ist am 20. August 1921 errichtet. (Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch mindestens zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer und einen Prokuristen vertreten. Der Gesellschaftsvertrag gestattet die Erhebung von Nachschüssen bis zur Höhe des Stammkapitals. Öffentliche Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen in der Lahrer Zeitung. Lahr, 6. Okt. 1921. **Bad. Amtsgericht.**

**Lahr.** 3.281 Zum Handelsregister Abt. B D.-Z. 18 — Firma **Anthropologische Anstalt und Steinbruderei Diez Gebr. Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Lahr** — wurde heute eingetragen: Die Liquidation ist beendet und die Firma erloschen. Lahr, 3. Okt. 1921. **Bad. Amtsgericht.**

**Lörrach.** 3.217 Handelsregistereintrag B Band II D.-Z. 29 vom 20. Sept. 1921: **„W. Krüner Internationale Transporte, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Lörrach.“** Gesellschaftsvertrag vom 23. September 1921. Gegenstand des Unternehmens ist die Spedition von Gütern aller Art auf dem Land- u. Wasserwege, sowie jegliche dazu in Beziehung stehende Tätigkeit wie Lagerung, Verzollung usw. Die Gesellschaft kann andere Unternehmungen mit gleichem oder ähnlichem Zwecke übernehmen, sowie sich an solchen Unternehmungen beteiligen und die Vertretung von Rhein- und Seereedereien und sonstigen in das Speditiouswesen einschlagenden Unternehmungen übernehmen. Stammkapital Mark 100 000. Die Gesellschaft wird durch einen oder mehrere Geschäftsführer vertreten. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so vertritt jeder der Geschäftsführer die Gesellschaft selbstständig. Geschäftsführer: Wilhelm Krüner, Kaufmann in Lörrach, Heribert Grefker, Kaufmann in Lörrach. Lörrach, 28. Sept. 1921. **Bad. Amtsgericht 1.**

**Lörrach.** 3.218 Handelsregistereintrag B Band II D.-Z. 31 vom 29. September 1921. **„Spalt- und Sägewerk Ostingen, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Ostingen.“** Gesellschaftsvertrag vom 27. September 1921. Gegenstand des Unternehmens ist das Einschneiden und Bearbeiten aller Holzarten, sowie Handel mit denselben. Stammkapital: 300 000 M. Leiter Geschäftsführer ist berechtigt, die Gesellschaft rechtsverbindlich zu vertreten. Die Geschäftsführer haben für folgende Funktionen die Genehmigung der Gesellschaft einzuführen: 1. Erwerb und Veräußerung, 2. Abgabe von Grundstücken, 3. Anstellung und Entlassung

von Beamten und Angestellten. 3. Abschluss von Versicherungen, 4. Aufnahme von Anleihen, 5. Bestellung von Prokuristen, 6. Gesellschaftsverpflichtungen über einen Betrag von mehr als zehntausend M. Geschäftsführer: Karl Schreyer, Säger a. B. i., Karl Keller, Holzhändler in Bad. Lörrach, 3. Okt. 1921. **Bad. Amtsgericht 1.**

**Lörrach.** 3.270 Handelsregistereintrag B Band II D.-Z. 30 vom 29. September 1921. **„Grether & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Bank- und Kommissionsgeschäft, Lörrach.“** Gesellschaftsvertrag v. 26. September 1921. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Bank- und Kommissionsgeschäfts. Zur Erreichung dieses Zweckes ist die Gesellschaft befugt, gleichartige oder ähnliche Unternehmungen zu erwerben, sich an solchen Unternehmungen zu beteiligen oder deren Vertretung zu übernehmen. Stammkapital 300 000 M. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft entweder durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer zusammen mit einem Prokuristen oder einem Handlungsbevollmächtigten vertreten. Geschäftsführer: Karl Grether, Bankbevollmächtigter in Rastatt, Gustav Bergmann, Kaufmann in Kloster Weitenau, August Joerrens, Kaufmann in Basel. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger. Lörrach, 28. Sept. 1921. **Bad. Amtsgericht 1.**

**Mannheim.** 3.184 Zum Handelsregister A wurde heute eingetragen: 1. Band II D.-Z. 211, Firma **„A. Benber's Antiquariat & Buchhandlung (Ernst Albrecht)“** in Mannheim. Die Firma ist geändert in **„A. Benber's Antiquariat & Buchhandlung“**. (2. Band III D.-Z. 183 Firma **„Franz Feig“** in Mannheim. Die Prokura des Heinrich Haug, Mannheim, ist erloschen. 3. Band IV D.-Z. 142, Firma **„M. Kaller“** in Mannheim. Die Gesellschaft ist aufgelöst und das Geschäft mit Aktiven und Passiven und samt der Firma auf den Gesellschafter Kaufmann Alfred Kaller, Mannheim, als alleinigen Inhaber übergegangen, der es unter der bisherigen Firma weiterführt. 4. Band IV D.-Z. 179, Firma **„Diekmann“** in Mannheim. Die Firma ist erloschen. 5. Band V D.-Z. 236, Firma **„Gebr. Hasenbrint vorm. Müller & Hoffmann“** in Mannheim. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Prokura der Hedwig Hasenbrint, geb. Wiedemann ist erloschen. 6. Band VIII D.-Z. 240 Firma **„J. Reich“** in Mannheim, ist als Gesamtprokurist bestellt. Jeder Gesamtprokurist ist berechtigt, gemeinsam mit einem anderen Gesamtprokuristen die Firma zu zeichnen. 7. Band XVIII D.-Z. 176, Firma **„Dr. Müller & Cie., Bandmaschinenfabrik“** in Mannheim. Die Firma ist geändert in **„Sämtlich Haus Dr. Müller & Cie.“** Der Geschäftszweig ist erweitert auf den Vertrieb mechanischer, hygienischer Maschinen. 8. Band XXI D.-Z. 99 Firma **„Oberheinische Industrie-Gesellschaft Joseph Bösele & Co.“** in Mannheim. Alfred Bösele in Mannheim, Max Karau und Peter Prokuren Walter Baur ist Gesamtprokura in der Weise erteilt, daß

ein jeder von ihnen gemeinsam mit dem Geschäftsführer August Heinrich, Kaufmann, Mannheim, oder in Gemeinschaft mit einem anderen Prokuristen zur Bezeichnung der Firma befugt ist. Mannheim, 24. Sept. 1921. **Bad. Amtsgericht B. 4. Mannheim.**

**Mannheim.** 3.228 Zum Handelsregister B Band XVIII D.-Z. 18, Firma **„Oberheinische Breitenfabrik, Gesellschaft mit beschränkter Haftung“** in Mannheim, wurde heute eingetragen: Das Stammkapital ist dem Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 8. Juli 1921 entsprechend, um M. 100 000 auf Mark 200 000 erhöht. Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 8. Juli 1921 ist der Gesellschaftsvertrag geändert und neu gefasst. Auf die eingereichte Urkunde wird Bezug genommen. Die Gesellschaft wird, wenn mehrere Geschäftsführer vorhanden sind, durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer und einen Prokuristen gemeinsam vertreten. Die Geschäftsführer Besler u. Diepenbrock haben auch dann das Recht, die Gesellschaft jeder für sich allein zu vertreten, wenn mehrere Geschäftsführer bestellt sind. Mannheim, 23. Sept. 1921. **Bad. Amtsgericht B. 4. Mannheim.**

**Mannheim.** 3.261 Zum Handelsregister B Band XIII D.-Z. 44 Firma **„Sunlight Gesellschaft Aktiengesellschaft“** in Mannheim, wurde heute eingetragen: Die Prokura des Gustav Klapp ist erloschen. Der Prokurist Dr. jur. Richard Dornheim ist von Beruf Rechtsanwält. Mannheim, 23. Sept. 1921. **Bad. Amtsgericht B. 4. Mannheim.**

**Mannheim.** 3.262 Zum Handelsregister B Band XVI D.-Z. 48 Firma **„M. W. G. Allgemeine Werkzeugmaschinen-Gesellschaft Aktiengesellschaft, Niederlassung Mannheim“** in Mannheim, als Zweigniederlassung der Firma **„M. W. G. Allgemeine Werkzeugmaschinen-Gesellschaft Aktiengesellschaft“** in Berlin wurde heute eingetragen: Hermann Bruns, Kaufmann, Berlin-Steglitz u. Karl Moos, Kaufmann, Berlin, sind als Vorstandsmitglieder bestellt. Mannheim, 23. Sept. 1921. **Bad. Amtsgericht B. 4. Mannheim.**

**Metzfisch.** 3.219 In das Handelsregister A Band I wurde zu D.-Z. 45 — Firma **„A. Kunz & Cie., Wirtensfabrik in Metzfeld“** — eingetragen: Die Firma ist erloschen. Metzfeld, 3. Okt. 1921. **Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.**

**Metzfeld.** 3.220 In das Handelsregister A Band I wurde zu D.-Z. 57 — Firma **„Hermann Schäfer, Metzfeld“** — eingetragen: Die Firma ist erloschen. Metzfeld, 29. Sept. 1921. **Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.**

**Radolfzell.** 3.241 Zum Handelsregister A Band II D.-Z. 18 ist bei der Firma **Gebrüder Franz in Singen** eingetragen: Die Firma ist geändert in **„Gebr. Frank & Streib“**. Als persönlich haftender Gesellschafter ist weiter eingetragen Friedrich Streib, Elektrotechniker in Singen; derselbe ist zur selbständigen Vertretung der Firma berechtigt. Radolfzell, 30. Sept. 1921. **Der Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts 1.**

**Stühheim.** 3.267 Handelsregistereintrag B Band I unter D.-Z. 7: **Reinhold Stitz, Aktiengesellschaft, Stühheim.** Der Gesellschaftsvertrag ist am 5. August 1921 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist: Erwerb und Fortführung des von Reinhold Stitz in Stühheim bisher betriebenen Stanz- und Emailierwerkes und seiner Aluminiumschmelzfabrik, sowie Fabrication von Metallwaren, auch Erwerb bestehender Geschäfte dieser Geschäftszweige und Beteiligung an solchen. Das Grundkapital beträgt M. 1 500 000. Der Vorstand kann aus einer oder mehreren Personen bestehen. Er wird vom Aufsichtsrat bestellt u. abberufen. Besteht der Vorstand aus mehreren Mitgliedern, so sind zwei Vorstandsmitglieder oder ein Vorstandsmitglied mit einem Prokuristen zur Vertretung der Gesellschaft befugt. Der Aufsichtsrat kann einzelne Mitglieder des Vorstandes ernennen, die der Gesellschaft allein zu vertreten und die Firma allein zu zeichnen. Vorstand ist Reinhold Stitz, Fabrikant in Stühheim, der nach dem Gesellschaftsvertrag die Gesellschaft selbstständig zu vertreten hat. Dem Conrad Wör und der Eugenie Knele, beide in Stühheim, ist Gesamtprokura erteilt. Weiter wird veröffentlicht: Das Grundkapital ist in 1500 Aktien über je 1000 M., die zum Nennbetrag ausgeben werden. Im Falle der Erhöhung des Grundkapitals können die neuen Aktien zu einem höheren als dem Nennwert ausgeben werden. Auf alle Aktien ist der in bar zu zahlende Betrag einzugezahlt. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. Daneben kann vom Aufsichtsrat die Veröffentlichung in anderen Tageszeitungen vorgenommen und angeordnet werden. Die Generalversammlungen werden von dem Vorstand oder dem Aufsichtsrat durch öffentliche Bekanntmachung einberufen. Die Gründer der Gesellschaft, die sämtliche Aktien übernommen haben, sind: 1. Reinhold Stitz, Fabrikant in Stühheim, 2. dessen Ehefrau Maria geborene Schütze dort, 3. Josef Frisch, Kaufmann in Stuttgart, 4. Max Siegl, Bankdirektor in Baden-Baden, 5. Josef Ludwig Sebastian, Syndikus in Heidelberg. Von der Generalversammlung auf das Grundkapital in die neue Gesellschaft ein und diese übernimmt nach dem Gesellschaftsvertrag dieses Einbringungen: 1. Reinhold Stitz und 2. dessen Ehefrau Maria geb. Schütze das diesen gebührende Fabrikationsgeschäft, das von dem Ehemann als Einzelkaufmann unter der Firma Reinhold Stitz in Stühheim betrieben wird, mit dem Recht der Fortführung der Firma und mit allen Aktiven und Passiven mit Ausnahme des Fuhrparks. Als Einzellieferer erhält der Ehemann Stitz 550 und die Ehefrau 545 Stück Aktien. Außerdem erhalten die Eheleute Stitz in bar 80 000 M. Den ersten Aufsichtsrat bilden die vorstehend zu 3-5 genannten Personen. Schriftliche Willenserklärungen des Aufsichtsrats bedürfen zu ihrer Gültigkeit nur der Unterzeichnung des Vorsitzenden oder seines Stellvertreters. Von den zur Anmeldung der Gesellschaft eingereichten Schriftstücken, insbesondere von den Prüfungsberichte des Vorstandes, des Aufsichtsrates und der Revisoren kann bei dem Gerichtliche, von dem Prüfungsausschuss bei der Handelskammer Heidelberg Einsicht genommen werden. Stühheim, 6. Okt. 1921. **Bad. Amtsgericht.**